

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/85

4. Mai 1977

Europatag 1977

Eine Mahnung an den Bürger

Von Georg Kahn-Ackermann
Generalsekretär des Europarates

Seite 1 / 33 Zeilen

Die Unternehmer unternehmen nichts

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Aprils

Von Egon Lutz MdB
Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes"
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 2 und 3 / 67 Zeilen

Die letzte Lücke wird geschlossen

Ein weiterer Schritt zur Verminderung der Staatenlosigkeit

Von Reinhard Bühling MdB
Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Seite 4 / 42 Zeilen

Zwischen Kuckucken und Rotkehlchen unterscheiden

Fall Benneter darf nicht zur Juso-Susschlußwelle führen

Von Konrad Wenckebach
Stellv. Vorsitzender der Jungsozialisten im SPD-Bezirk
Hessen-Nord

Seite 5 / 28 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 85 20/28
Telefax: 05 54 642-48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 85 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Europatag 1977

Eine Mahnung an den Bürger

Von Georg Kahn-Ackermann
Generalsekretär des Europarates

Europa 1977 ist kein ausgeträumter europäischer Traum der Nachkriegsjahre. Europa hat sich bewegt, wenn auch im Schneckentempo. Der Europatag am 5. Mai erinnert nicht nur an die europäische Wirklichkeit gewordene Zusammenarbeit zwischen den neun Staaten in der Europäischen Gemeinschaft und den neunzehn Mitgliedsländern des Europarats. Er ruft nicht nur die Namen großer Europäer wie Robert Schuman und Jean Monnet, de Gasperi und Adenauer, Churchill, Spaak und Carlo Schmid ins Gedächtnis zurück. Der Europatag mahnt vor allem den Bürger, bewußt Europäer zu sein. Denn Europa kann sich lediglich dann zu einer Region Europa entwickeln, wenn über die Sonntagsgespräche von Politikern hinaus der Wille zu Europa von den Bürgern in den Grenzregionen, in den europäischen Partnerstädten, in Gemeinden und Provinzen sichtbar gemacht wird.

Es ist Mode geworden, über der Brüsseler Euro-Bürokratie und dem zu erwartenden europäischen Impuls durch die Direktwahlen zum europäischen Parlament den europäischen Alltag zu vergessen, der sich in der freiwilligen Zusammenarbeit der 19 Europarats-Staaten zeigt. Über 80 Konventionen erleichtern das Leben von Europäern in Nordeuropa wie in den Mittelmeerländern. Es sei hier vor allem an die Menschenrechtskonvention und die Sozialcharta erinnert, welche die politischen und sozialen Grundrechte des Türken wie des Schwedens festschreiben.

Europa muß einerseits als der permanente Prozeß einer westeuropäischen Einigung und Supranationalität verstanden werden. Die Interessengegensätze zwischen Nord und Süd, zwischen großen und kleinen Staaten, NATO-Bündnispartnern und neutralen Ländern bedingen aber andererseits die freiwillige zwischenstaatliche Zusammenarbeit als Prinzip europäischer Einigungsversuche, das den Europarat als europäische Organisation der ersten Europa-Stunde und noch heute auszeichnet. Sein dreifacher Auftrag - der Schutz der Menschenrechte, die Mahnung der demokratischen Institutionen und die Förderung des sozialen Fortschrittes - hat in der gegenwärtigen Krise der europäischen Zivilisation an Aktualität nur gewonnen. Die Vorbereitung von gemeinsamen Positionen aller westeuropäischen Demokratien in den Vereinten Nationen wie auf der Belgrader Konferenz unterstreichen die Unverzichtbarkeit auf diesem gesamteuropäischen Weg. (-/4.5.1977/ks/ja)

+ + +

Die Unternehmer unternehmen nichts

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktdaten des Aprils

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Probleme des Arbeitsmarktes"
der SPD-Bundestagsfraktion

Um mit Herbert Ehrenberg zu reden: Die Unternehmer unternehmen nichts. Zumindest leisten sie keinen Beitrag, die Wende auf dem Arbeitsmarkt herbeizuführen. Selbst der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Josef Singl zeigt sich enttäuscht von den Arbeitsmarktdaten des April, die heute veröffentlicht wurden. Noch vor einem halben Monat war Singl frohen Mutes. Deshalb hatte er kundgetan, im April werde die Millionengrenze in der Arbeitslosigkeit unterschritten. Daraus wurde nichts. 1.039.378 Stellensuchende registrierte der Computer im April. Das ist ein relativ kümmerlicher Rückgang gegenüber dem Vormonat um 44.851 oder 4,1 Prozent. Die neue Arbeitslosenquote liegt bei 4,6 Prozent. Und damit nur um 0,2 Punkte niedriger als im Vormonat und im Vorjahreszeitraum.

Immer mehr verschiebt sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu ungunsten der Frauen. Während die Arbeitslosenquote bei den Männern (derzeit 522.797) auf 3,6 Prozent abgeschmolzen ist, hat die Arbeitslosigkeit der Frauen zugenommen. Sie liegt bei 516.581 oder 6,1 Prozent.

Auch die Lage auf dem Teilzeitarbeitsmarkt ist unverändert kritisch. Auch hier ist ein leichter Anstieg gegenüber dem Vormonat von 186.000 auf 190.600 zu verzeichnen. Lediglich die Kurzarbeiterziffern künden Erfreuliches: Mit 241.558 Kurzarbeitern und einem Rückgang von 6,3 Prozent ist ein neuer Tiefstand zu verzeichnen. Im Vorjahresmonat waren es noch 114.000 Kurzarbeiter mehr. Allerdings: Vor vorzeitigem Jubel wird gewarnt. Schon im Mai wird es nach den vorläufigen Ankündigungen zu einem kräftigen Ansteigen der Kurzarbeiterzahlen kommen.

Gar nicht erfreut sind Singls Mannen über die Bewegungen auf dem Stellenmarkt. Saisonunüblich gab es nur ein vermehrtes Stellenangebot von

3.780 auf 270.800. Auch die Bewegungen des Arbeitsmarktes signalisieren deutlich die Einstellungsunlust und Entlassungsfreudigkeit der Unternehmen. Im Monat April wurden 272.000 Arbeiter und Angestellte gefeuert und 192.000 konnten in eine neue Tätigkeit vermittelt werden. Im Vormonat schaute es besser aus.

Der April war wetterwendisch. Das hat sich bei der Arbeitsmarktlage auf dem Bau Sektor bemerkbar gemacht. Zwar wurden 17.100 oder 23,9 Prozent weniger arbeitslose Bauarbeiter registriert, aber die Statistik hat schon bessere Saisonaufschwünge erlebt. Auch im Metallbereich ist mit einem Rückgang von 4.300 oder 2,7 Prozent nicht gerade ein Überwältigendes Datum gesetzt worden. Wer mag, kann Freude daran empfinden, daß noch im Vorjahresmonat April 19,4 Prozent mehr Metallarbeiter arbeitslos waren. In der Aprilstatistik sind natürlich auch die Quartalsentlaststermine enthalten. Das hat bei den Büro- und Verwaltungsberufen zu einem Ansteigen der Arbeitslosenzahlen um 4.100 oder 1,6 Prozent auf nunmehr knapp 266.000 geführt. 1976 sah es da etwas günstiger aus, 1974 und '75 war es im April jeweils schlechter.

Soweit das Zahlenpanorama. Es zeigt, daß die saisonalen Auftriebskräfte nicht ausgereicht haben, strukturelle Defizite des Arbeitsmarktes zu verdecken. Von Monat zu Monat ergibt sich deutlicher: Die Konjunkturbelebung hält an, der Arbeitsmarkt bekommt davon nur Spurenelemente zu spüren. Würde sich diese Entwicklung verstetigen, dann könnten wir leicht in Gefahr geraten im Herbst dieses Jahres trotz belebter Konjunktur mit einem zu hohen Arbeitslosensockel in eine neue saisonale Arbeitslosenspitze zu geraten.

Der technische Wandel, das mehr auf Rationalisierung als auf arbeitsplatzschaffende Investitionen gerichtete Verhalten der Unternehmen, die prozyklische Personalpolitik der öffentlichen Hände, die Kaufzurückhaltung der Bevölkerung und damit eine nur mäßig steigende Binnennachfrage schlagen voll auf den Arbeitsmarkt durch.

Wer da glauben sollte, die Politik hätte genügend Steuerungsmittel, um hier einen grundlegenden Wandel herbeizuführen, der ist schon beim Gerangel um das 16-Milliarden-Programm "Zukunftsinvestitionen" zwischen Bund und Ländern eines Schlechteren belehrt worden. Die Daten des April zeigen es deutlich: Es bedarf einer konzertierten Aktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Wiedererlangung der Vollbeschäftigung. Bund, Länder, Gemeinden, die Wirtschaft und die Gewerkschaften müssen zusammenarbeiten, um einer der großen Herausforderungen dieses Jahrhunderts zu begegnen. Die Aufgabe lautet schlicht: Bei konsequenter Fortführung des technischen Wandels zu verhindern, daß dieser Wandel einseitig auf den Knochen der Arbeitnehmer ausgetragen wird. Ein Volk kann zwei, drei Jahre mit einer Million Arbeitslosen leben und dabei völlig aus dem Bewußtsein verdrängen, auf welcher brennender gesellschaftspolitischer Zeitbombe es sitzt.

(-/4.5.1977/ks/ca)

+ + +

Die letzte Lücke wird geschlossen

Ein weiterer Schritt zur Verminderung der Staatenlosigkeit

Von Reinhard Bühling MdB

Mitglied des Innenausschusses des Deutschen Bundestages

Die Staatenlosigkeit ist eine bedauerliche Erscheinung, die es gar nicht geben dürfte. So bestimmt auch die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 unmißverständlich: "Jeder hat Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit." Die Wirklichkeit sieht überall in der Welt anders aus. Die Bundesrepublik Deutschland hat zwar durch Art. 16 GG die Entstehung neuer Staatenlosigkeit weitgehend verhindert. Trotzdem wird die Zahl der Staatenlosen in der Bundesrepublik immer noch auf mindestens 30.000 geschätzt.

Schon am 4. Dezember 1954 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine EntschlieÙung gefaÙt, daÙ die Staatenlosigkeit durch internationale Übereinkommen weiter vermindert werden soll. Erst am 30. August 1961 aber beendete eine Konferenz, an der 37 Staaten teilgenommen hatten, ihre Arbeit und legte den Entwurf für ein Abkommen vor. 1973 wurde dann ein weiterer internationaler Vertrag geschlossen. Dieser Zeitablauf stellt deutlich dar, wie schwer sich die Staaten mit der Ausmerzung der Staatenlosigkeit tun. Jetzt nun zieht wenigstens die Bundesrepublik als siebter Staat die Folgerungen aus der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte":

Die Ratifikation der internationalen Abkommen von 1961 und 1973 und das neue "Gesetz zur Verminderung der Staatenlosigkeit" sollen dieses Übel wesentlich verringern. Zunächst wird die letzte Möglichkeit ausgeschaltet, durch die Deutsche noch staatenlos werden können: Wenn ein Deutscher eine fremde Staatsangehörigkeit erwerben will und sich auf Verlangen des fremden Staates aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassen läÙt, wird er nach der bisherigen Rechtslage staatenlos, wenn der fremde Staat ihm dann seine Staatsangehörigkeit nicht verleiht. In Zukunft wird die Entlassung unwirksam und der Entlassene wieder Deutscher, wenn der ausländische Staat die dem Antragsteller zugesicherte ausländische Staatsangehörigkeit nicht innerhalb eines Jahres verleiht. Damit wird die letzte Lücke der Entstehung neuer Staatenlosigkeit geschlossen.

Eine weitere Gruppe von Bewohnern der Bundesrepublik Deutschland ist staatenlos von Geburt. Hier schleppt sich das Übel im wahrsten Sinne des Wortes durch die Generationen weiter. Diese Staatenlosen bekommen nun einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung, wenn sie in der Bundesrepublik geboren sind und seit fünf Jahren im Geltungsbereich des Gesetzes (Bundesrepublik einschließlich Berlin) wohnen. Von dieser Antragsmöglichkeit werden sicherlich fast alle Betroffenen Gebrauch machen.

Es bleiben zwei Wünsche, die nicht mehr in der Hand des Bundesgesetzgebers liegen: DaÙ möglichst viele der unter das Gesetz fallenden Staatenlosen bald von ihrem neuen Einbürgerungsanspruch hören. Und daÙ die Behörden der Länder, die das Gesetz ausführen, bei der Erhebung der Gebühren für die Einbürgerung nicht nur an die Staatskasse denken und den recht hohen Gebührenrahmen ausschöpfen, sondern vor allem das Sozialstaatsprinzip bedenken.

(-/4.5.1977/ks/ben)

+ + +

Zwischen Kuckucken und Rotkehlchen unterscheiden

Fall Benneter darf nicht zur Juso-Ausschlußwelle führen

Von Konrad Wenckebach

Stellv. Vorsitzender der Jungsozialisten im SPD-Bezirk Hessen-Nord

Wenn die Rotkehlchen nicht endlich lernen, bei ihrer eigenen Brut zwischen Kuckucken und Rotkehlchen zu unterscheiden, dann gefährden sie die Erhaltung ihrer eigenen Art.

Auch wenn es Gebiete gibt, wo die Kuckucke den Rotkehlchen so viele Eier ins Nest gelegt haben, daß die Rotkehlchen dort keine Lust mehr haben, überhaupt noch eigenen Nachwuchs aufzuziehen, sollten sie in Gebieten, in denen es noch nie einen Kuckuck gegeben hat, nicht anfangen, ihre eigene Brut aus dem Nest zu werfen, selbst wenn die schwarzgefiederten Amseln - auf ihren eigenen Vorteil bedacht - ihnen immer wieder solche als wohlmeinend bezeichneten Ratschläge geben.

Für die Arterhaltung kommt es darauf an, daß die Rotkehlchen bei der Aufzucht ihres Geleges selbst genau hinschauen und hinhören, weil nur dann bei den noch nicht ganz flüggen Jungtieren das artspezifische Federkleid und Gezwitcheher frühzeitig erkannt und Verwechslungen vermieden werden können.

Gelegentlich gibt es junge Rotkehlchen, die ihre Eltern dadurch erschrecken, daß sie ihr Federkleid aufplustern und Geräusche machen, die denen des Kuckucks sehr ähnlich sind. Dieses, auch für die Geschwister manchmal lebensgefährliche Spiel, wird besonders gern von solchen jungen Rotkehlchen betrieben, denen es an der nötigen Nestwärme oder sinnvoller Beschäftigung fehlt. Mangels Pflege können sie zur Lösung der eigentlichen Probleme ihrer Altersgenossen nur wenig beitragen. Und so bleibt ihnen oft nichts anderes übrig als sich auf diese Weise den Beifall und die Anerkennung ihrer jugendlichen Artgenossen zu erwerben, die sich auch manchmal über ihre Eltern ärgern. Eigentlich sollten die alten Rotkehlchen sich freuen, wenn ihr eigener Nachwuchs sich durch eine deutliche Rotfärbung an der Kehle unverwechselbar von allen Vogelarten unterscheidet, auch wenn sie selbst an dieser Stelle oft schon so grau geworden sind, daß manche jungen Rotkehlchen sie für kleine Amseln halten.

(-/4.5.1977/ks/ca)